

## Transnationale Unternehmen

Die Debatte über die Verantwortung Transnationaler Unternehmen (corporate social responsibility) hat in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen. Im Mittelpunkt standen dabei freiwillige Verhaltenskodizes und Partnerschaftsinitiativen zwischen Wirtschaft und Politik.

Der vom UN Generalsekretär Kofi Annan initiierte **Global Compact zwischen UN und Wirtschaft** ist das beste Beispiel für eine politische Strategie, die vorrangig auf die freiwillige Selbstkontrolle der Wirtschaft setzt. Im Zentrum stehen dabei ökologische und soziale Mindeststandards.

Aber der Einfluss der Wirtschaft und die Auswirkungen transnationaler Unternehmensaktivitäten reichen weit **über diese „weichen“ Politikfelder** hinaus. Im Schatten von Dialogprozessen an Runden Tischen verfolgen viele Unternehmen weiterhin rücksichtslos (wenngleich betriebswirtschaftlich durchaus rational) ihre Partikularinteressen in den „harten“ Bereichen der Politik.

**Transnationale Unternehmen** sind in vielfältiger Weise in Kriege und bewaffnete Konflikte verwickelt. Die Durchsetzung ökonomischer Interessen der global players und der Zugang zu Ressourcen wie Erdöl werden immer häufiger militärisch abgesichert. Die Aktivitäten transnationaler Investoren schüren in Ländern wie Kolumbien innerstaatliche Konflikte. Transnationale Unternehmen sind aber auch Profiteure von Kriegen und Konflikten. Der Wiederaufbau des zerstörten Irak und die dortige Privatisierung ganzer Wirtschaftszweige ist für ausländische Firmen ein Milliardengeschäft. Transnationale Unternehmen haben darüber hinaus erheblichen Einfluss auf die und die Einnahmesituation der Staaten. Steuerflucht und Steuervermeidung entziehen den öffentlichen Haushalten jährlich Mittel in Milliardenhöhe.

-  
Welche sozialen und ökonomischen Folgen haben ihre Aktivitäten für die betroffenen Menschen. Welche Handlungsmöglichkeiten haben NGOs und Gewerkschaften, um gegen die **corporate social irresponsibility** in diesen „harten“ Politikfeldern vorzugehen? Reichen öffentliche Kampagnen, der nationale Rechtsweg und die existierenden zwischenstaatlichen Instrumentarien aus? Wo besteht politischer Handlungsbedarf? Und welche Strategien ergeben sich daraus für die weltweite corporate-accountability- Kampagne der Zivilgesellschaft?

-  
Den expansionswütigen TNCs reichen die bestehenden Produktionszonen in Singapur, China und Mexiko aber längst nicht aus. Mittels ihrer Interessenverbände betreiben sie in der **Welthandelsorganisation WTO**, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Kommission, den Nationalregierungen der G-7-Staaten und sogar in der UNO penetrante Lobbypolitik.

*"Die Industrie kennt die Lösungen"* behauptet etwa der "Europäische Runde Tisch der Industriellen" (ERT), der einflußreichste Lobbyverband der TNCs auf europäischer Ebene, in seiner bereits 1993 erschienenen Denkschrift "Beating the crisis". Die Aufgabe der Politik sei es, diesen Lösungen den Weg zu bereiten, führt der ERT weiter aus.

In ihrer 1997 veröffentlichten Studie "A Stimulus to Job Creation" beschreiben die Konzernchefs ihre Vorstellungen von Regierungsverantwortung: "Auf höchster Ebene (der

EU, Anm. des Autors) ist es ihre Aufgabe, für ein makroökonomisches Umfeld zu sorgen, das günstigste Bedingungen für Unternehmen jeder Größe schafft. Das beinhaltet stabile Wirtschaftsbedingungen, stabile Wechselkurse und die vollständige Entwicklung des europäischen Binnenmarktes, einschließlich steuerlichen und finanziellen Bedingungen, die den Unternehmen entgegenkommen."

!!!

Der ERT pflegt regelmäßige Kontakte zu den Regierungsvertretern im EU-Ministerrat und vor allem zur Europäischen Kommission. Studien und Politikrichtlinien publiziert ERT häufig unmittelbar vor Konsultationsgesprächen und EU-Gipfeln. In einem bereits 1984 veröffentlichten Papier "Missing Links" und seinen Nachfolgepublikationen nahm der ERT etwa die verkehrspolitischen Entscheidungen der EU vorweg. Mit dem Trans-European-Networks (TENs) lieferte ERT den Grundriß für den Ausbau des Verkehrsinfrastrukturnetzes in der EU. Die EU-Gremien haben weitgehend den im Grundriß formulierten Vorstellungen entsprochen.

4.)

Wohl in keinem anderen Land der Welt werden so viele Oppositionelle ermordet wie in Kolumbien. Mehr als 5000 Menschen werden jedes Jahr von paramilitärischen Gruppen umgebracht - massakriert, gefoltert, manchmal mit Motorsägen zerstückelt. Die dafür verantwortlichen Todesschwadronen agieren mit Rückendeckung des kolumbianischen Staates und üben die Rolle einer Privatarmee im Dienste der Besitzenden aus. Die Morden folgen fast immer auch einem wirtschaftlichen Kalkül: GroßgrundbesitzerInnen vertreiben KleinbäuerInnen, Unternehmen lassen unliebsame GewerkschafterInnen aus dem Weg räumen, die Regierung sorgt dafür, dass geplante Großprojekte (wie Staudämme und Erdölbohrungen) reibungslos durchgeführt werden können.

Der Terror der Paramilitärs ebnet der Globalisierung den Weg: Mit der Zerschlagung von Gewerkschaften wird die Abschaffung von Arbeitsschutzgesetzen erleichtert und damit der Arbeitsmarkt „flexibilisiert“, die Vertreibung von Kleinbauern ermöglicht die Erschließung bisher kaum „entwickelter“ Regionen, die Einschüchterung der Gewerkschaften bahnt den von IWF und Weltbank angemahnten Privatisierungsprozessen den Weg ...

Transnationale Unternehmen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Während eines Pipeline-Baus von British Petroleum in Kolumbien ermordeten Todesschwadronen in der Nähe der Baustrasse Hunderte von Menschen, die als Gegner des Projekts galten. Abgesichert wurde der Bau von dem berühmten britischen Söldnerunternehmen Defence Systems Ltd. Gegen den Kohle-Multi Drummonds ist wegen der Ermordung von Gewerkschaftern eine Anklage in den USA erhoben worden. Und auch bei Nestlé gibt es eine auffällige Häufung von Anschlägen im Vorfeld von Tarifverhandlungen. Doch besonders stark kritisiert wird die Politik Coca Colas, das wichtige Kapitalanteile an dem kolumbianischen Coca Cola-Abfüllunternehmen Panamco besitzt.